



## Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Franz Bergmüller AfD**

### **Regionale Schlachtbetriebe erhalten – Metzgerhandwerk wiederbeleben**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten schriftlich und mündlich zu berichten:

- Wie viele Schlachtbetriebe gibt es derzeit in Bayern?
- Wie hat sich die Struktur der Schlachthofbetriebe in den letzten 10 Jahren entwickelt?
- Wie sind Schlachtbetriebe regional verteilt (nach Regierungsbezirken)?
- Wie hoch ist die Anzahl von mobilen Schlachtstationen in Bayern?
- Wie hoch ist die Anzahl von Hausschlachtungen und landwirtschaftlichen Betrieben mit eigener Schlachtung und Direktvermarktung in Bayern?
- Wie hoch sind derzeit die Gebühren für amtliche Überwachung z. B. der Fleischschau?
- Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bislang ergriffen, um kleinere Schlachtbetriebe zu erhalten bzw. wieder zu reaktivieren?
- Ist insbesondere geplant, für kleinere Schlachtbetriebe Ausnahmen von der Erhebung kostendeckender Gebühren durch die Landkreise und Städte zu machen, so wie es das EU-Recht vorsieht?

### **Begründung:**

Die Konzentration in der Schlachtbranche nimmt immer weiter zu. Insgesamt wurden in Deutschland im vergangenen Jahr beispielsweise 53,28 Mio. Schweine geschlachtet. Das waren 1,91 Mio. Tiere bzw. 3,5 Prozent weniger als 2019 – die niedrigste Zahl seit 14 Jahren. Dabei schlachteten die 10 größten Schlachtunternehmen 82,2 Prozent aller Schweine in Deutschland. 2019 waren es noch 80,4 Prozent. Bei einigen mittelständischen Unternehmen kam es zu Zusammenschlüssen. Die Konzentration in der Schlachtbranche hat sich also weiter beschleunigt.

In Bayern gibt es laut Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 17.05.2022 ca. 1500 kleinere Schlachtbetriebe – das entspricht etwa 95 Prozent aller Schlachtbetriebe im Freistaat. Aktuell sind die entsprechenden Gebühren für amtliche Überwachung pro Tier in kleineren, handwerklich strukturierten Schlachtbetrieben teilweise deutlich höher als in großen Schlachthöfen. Zudem sind diese von Landkreis zu Landkreis sehr unterschiedlich ausgestaltet.

Die stark gestiegenen Fleischhygienegebühren hatten zuletzt immer mehr kleine Schlachtbetriebe in Bayern in existenzielle Nöte gebracht.

Die derzeitige Gesetzeslage in Bayern schreibt die Erhebung kostendeckender Gebühren durch die Landkreise und Städte vor. Für kleinere Schlachtbetriebe ermöglicht das EU-Recht allerdings Abweichungen davon.

Mit dieser Vorgehensweise sollen faire Rahmenbedingungen für kleine handwerkliche Schlachtbetriebe sichergestellt werden und das Metzgerhandwerk in Bayern gestärkt werden, das eine wesentliche Säule der regionalen Lebensmittelversorgung darstellt.

So fordert der Bund Naturschutz in Bayern die Einführung eines Sonderförderprogramms für bestehende und künftig anzusiedelnde kleinere Schlachthofstrukturen und das Metzgerhandwerk. Angesichts der unhaltbaren Bedingungen für Mensch und Tier in den Großkonzernen der Schlachtbranche ist das zwingend erforderlich.

Regionale kleinere Schlachtbetriebe sind in Bayern systemrelevant, da sie essenziell für die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung sind. Einmal verloren gegangene Betriebe können regional nicht mehr ersetzt werden. Damit wäre das Konzept regionaler Versorgung aus Bayern hinfällig und viele Existenzen unter den Metzgereien dauerhaft ruiniert.

Mit dem Begriff „Regionalität“ werden die Verbraucher häufig in die Irre geführt, zum Beispiel, wenn ausschließlich der Verarbeitungsort reicht, um ein Produkt als „hergestellt in Bayern“ kennzeichnen zu dürfen. Wenn die Nürnberger Rostbratwürste, die von vier Großunternehmen in Nürnberg hergestellt werden, in den Handel kommen, dann sei höchst fraglich, wieviel regional erzeugtes Fleisch darin verarbeitet wird. Die Verarbeitung am Standort Nürnberg reicht aus, dass sie als Nürnberger Erzeugnis gehandelt werden dürfen. Ein anderes Beispiel ist Putenfleisch mit der Auszeichnung „in Bayern hergestellt“, obwohl die Puten nach Recherchen des ZDF in Chile gehalten und geschlachtet wurden.

Die Staatsregierung ist bislang konkrete Maßnahmen zu dem im Januar 2022 angekündigten Konzept zur finanziellen Entlastung kleiner Schlachtbetriebe schuldig geblieben.